

17. Wahlperiode

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Jürgen Trittin, Renate Künast, Fritz Kuhn, Frithjof Schmidt, Alexander Bonde, Dr. Gerhard Schick, Kerstin Andreae, Manuel Sarrazin, Kai Gehring, Lisa Paus und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

- Drucksachen 17/1544, 17/1561 -

Entwurf eines Gesetzes zur Übernahme von Gewährleistungen zum Erhalt der für die Finanzstabilität in der Währungsunion erforderlichen Zahlungsfähigkeit der Hellenischen Republik (Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz - WFStG)

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

In der aktuellen Krise geht es um Bestand und Zukunft der Europäischen Union – nicht allein um Griechenland. Es geht um Wohlfahrt und Entwicklung in ganz Europa und damit um herausragende deutsche Interessen.

Die Menschen in Griechenland, in Deutschland und im übrigen Europa dürfen nicht länger der Spekulation der internationalen Finanzmärkte ausgesetzt werden. Sie erwarten zu Recht von ihren demokratisch gewählten Regierungen, dass diese dem unberechenbaren Spuk der Spekulation endlich entschieden entgegen treten.

Solidarität in der akuten Notsituation ist eine Herausforderung für die europäische Bevölkerung, sowohl in Griechenland als auch in den Staaten, die jetzt mit Krediten Griechenland helfen. Dafür zu sorgen, dass diese Solidarität auch Wirkung entfalten kann, ist die Herausforderung an die politisch Verantwortlichen.

Das wahltaktisch begründete Zögern der Bundesregierung und der Bundeskanzlerin Angela Merkel hat dagegen Europa, Griechenland und auch Deutschland schweren Schaden zugefügt. Wo Frau Merkel zugunsten Europas hätte zupacken müssen, hat sie versucht auszusitzen. Damit hat sie der Spekulation gegen Griechenland und den Euro Tür und Tor geöffnet. Die Griechen, aber auch die Spanier und Portugiesen müssen jetzt deutlich höhere Zinsen für ihre Staatsanleihen bezahlen. Und auch die Mittel, die die Bundesrepublik für das griechische Rettungspaket zur Verfügung stellen muss, wurden durch ein verfehltes und abwartendes Krisenmanagement nach oben getrieben. Die innenpolitisch motivierte

Blockadehaltung des Außenministers und die rechtspopulistischen Töne von Herrn Pinkwart und der CSU sowie die unverantwortlichen Äußerungen von Wirtschaftsminister Brüderle gegen Griechenland haben das Zaudern der Bundeskanzlerin noch unerträglicher gemacht.

Anstatt entschlossen Griechenland zu helfen und damit die Europäische Union vor weiterer Spekulation zu schützen, hat die Regierung es zugelassen bzw. selbst betrieben, dass populistische Forderungen wie Inselverkauf, antigriechische Stimmungsmache und antieuropäische Töne angefeuert worden sind.

Die Regierung Merkel hat durch ihre Haltung und durch ihr Nichthandeln Europa schweren Schaden zugefügt. Die deutsche Position stößt bei unseren europäischen Nachbarländern auf Unverständnis und sie beschädigt das Ansehen Deutschland in Europa und der Welt.

Jahrelang haben in ganz Europa und vor allem in Deutschland viele Unternehmen von der griechischen Nachfrage profitiert und noch bis vor Kurzem mit ihren Exporten gute Geschäfte gemacht. Die griechische Verschuldung ist nicht zuletzt von deutschen Banken finanziert worden.

Die griechische Krise ist eine europäische Krise. Nichtsdestoweniger gilt: Der griechische Staat hat mit Klientelpolitik, Korruption, Statistik(selbst)betrug, Duldung von Steuerhinterziehung, Missbrauch von EU-Fonds für schlechte Investitionen bei Massentourismus und nicht nachhaltiger Landwirtschaftspolitik, durch besonders hohe Militärausgaben und einen aufgeblähten öffentlichen Sektor die Schuldenkrise maßgeblich selbst verursacht. Große Ungerechtigkeiten innerhalb des Landes sind mit ursächlich für die Schuldenproblematik. Die Griechen müssen zu allererst durch eigene Anstrengungen ihre Krise überwinden.

Die Umsetzung der Konsolidierungsvereinbarungen muss sicherstellen, dass es eine strikte Ausgabenkonsolidierung und Einnahmeverbesserungen u.a. durch gerechte, der Leistungsfähigkeit angepasste Steuerpolitik, gibt. Dazu sind auch eine deutliche Rückführung der Rüstungsausgaben und eine stringente Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Korruption notwendig.

Griechenland hat sich gegenüber dem IWF und den Euro-Staaten zu einem Sparprogramm verpflichtet, das in seiner Größenordnung einzigartig ist. Der Erfolg der griechischen Reformen hängt auch davon ab, dass sie nicht in sozialer Schieflage umgesetzt werden. Gerade die Vermögenden haben in Griechenland in den letzten Jahren kaum Steuern gezahlt. Entscheidend ist, dass es dem griechischen Staat gelingt, dies wirklich zu ändern.

Vieles steht und fällt mit der Frage, ob es verhindert werden kann, dass Griechenland in eine starke und lang anhaltende Rezession abgleitet. Das derzeit gültige Programm droht Griechenland aber realwirtschaftlich zu bremsen. Griechenland braucht jetzt nicht nur Kredite. Griechenland muss auch unterstützt werden im Aufbau einer stabilen wirtschaftlichen Entwicklung für die nächsten Jahre. Konsolidieren heißt Sparen und Investieren. Doch das Investieren kommt zu kurz. Der Green New Deal für Europa weist den Weg auch für Griechenland: Nur dann, wenn in eine zukunftsfähige, nachhaltige Wirtschaft investiert wird, können Wertschöpfung und Arbeitsplätze gesichert und Schulden abgetragen werden.

Wir Europäer müssen wesentliche Hilfen geben, um Griechenland und Europa nicht noch weiter zu gefährden. Das ist eine Frage europäischer Solidarität und ökonomischer Vernunft. So gilt es zunächst Griechenland aber auch weitere europäische Staaten vor weiteren Exzessen der internationalen Spekulanten zu schützen.

Weil es Bundeskanzlerin Merkel zunächst in der Großen Koalition und jetzt mit Schwarz-Gelb nicht gelungen ist die Spekulation durch neue Regeln der Finanzmärkte wirksam einzuschränken, müssen wir feststellen: Das Kasino bleibt offen, es wird noch immer nach den Regeln bzw. fehlenden Regeln von vor der Krise spekuliert. Deswegen müssen jetzt unverzüglich, neue Regeln für die Finanzmärkte durchgesetzt werden. Die Hilfe für Griechenland ist als Nothilfe im griechischen und europäischen Interesse. Aber ohne Veränderungen bei den Finanzmärkten und den Regeln der Europäischen Union wird es keine langfristige Stabilität geben. Wer ein bedrohliches Feuer löschen will, muss auch dafür Sorge tragen, dass nicht andauernd neue und noch gefährlichere Brände entstehen.

In Zukunft muss ein klares Prinzip in den Rahmenbedingungen für Finanzmärkte verankert werden. Wer Gewinne kassiert muss auch für die Risiken einstehen. Es ist eine Perversion des Verursacherprinzips, wenn weiterhin nach der Regel verfahren werden kann, die Gewinne für die Spekulanten und die Risiken für die Steuerzahler. Die Schuldenkrise Griechenlands und weiterer europäischer Staaten ist der erste harte Test für die Euro-Zone. Zum ersten Mal seit Einführung der Gemeinschaftswährung steht der Fortbestand der Währungsunion auf dem Spiel. Aber gefährdet ist mehr. Scheiterte die Währungsunion, dann wäre das ein dramatischer Rückschlag für das ganze europäische Projekt.

Diese Krise erzwingt, dass sich die europäische Gemeinschaft vier wesentlichen Herausforderungen stellt:

1. Kurzfristig und schnell muss die Schuldenkrise Griechenlands gelöst werden.
2. Die Währungsunion muss durch eine stärkere und verbindliche wirtschaftspolitische Koordinierung untermauert werden.
3. Es muss ein geordnetes Verfahren im Umgang mit Schuldenkrisen innerhalb der Währungsunion entwickelt werden, das vor allem auch die Gläubiger bei der Krisenbewältigung mit in die Verantwortung nimmt.
4. Durch eine strikte Regulierung der internationalen Finanzmärkte müssen Spekulationen ausgetrocknet werden, die Ursache und Beschleuniger von Schuldenkrisen sind.

Die Bundesregierung ergreift keine Initiative, diese notwendigen Weichenstellungen insgesamt voranzutreiben, für eine Neuordnung der Finanzmärkte zu sorgen und Europa neu aufzustellen. Damit gefährdet sie die Zukunft Europas. Die jetzt zur Abstimmung stehende Gewährleistungsermächtigung hilft vor allem, Zeit zu gewinnen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

1. Hilfsprogramm für Griechenland

- sicherzustellen, dass die gewährten Kredite der Mitgliedsstaaten der Euro-Zone an Griechenland Vorrang vor den Forderungen privater Gläubiger erhalten,
- sich im Rahmen des 3-jährigen Hilfspaketes für Verhandlungen mit den Altgläubigern Griechenlands über eine Umschuldung einzusetzen,
- sich davon unabhängig in der EU für eine angemessene Beteiligung der Finanzbranche an den eventuell entstehenden Rettungskosten durch Erhebung von Steuern und Abgaben einzusetzen und eine solche Beteiligung nötigenfalls in Deutschland auf nationaler Ebene durchzusetzen,
- sich im Kreis der Kreditgeber dafür einzusetzen, dass das Konsolidierungsprogramm für Griechenland modifiziert und ergänzt wird, um die soziale Balance zu verbessern, um die Krise auch in Griechenland für eine ökologisch-soziale Neuausrichtung der Wirtschaft zu nutzen sowie Griechenland eine realistische wirtschaftspolitische Perspektive zu geben.

2. Stärkung der wirtschaftspolitischen Koordinierung

sich im Europäischen Rat dafür einzusetzen, dass

- der Stabilitäts- und Wachstumspakt in seiner Funktion gestärkt wird, in dem
 - er um das Ziel außenwirtschaftlicher Gleichgewichte ergänzt wird,
 - die Sanktionsmechanismen bei Verstößen gegen den Stabilitäts- und Wachstumspakt schneller und wirksamer greifen,
 - die Sanktionsmechanismen erneuert werden: bis hin zu einem deutlichen Abschlag bei Finanzmitteln der Europäischen Union,
 - der Pakt künftig auch die Einhaltung des Ziels gesunder öffentlicher Finanzen überwacht.
- gemeinsam mit den europäischen Partnern Ansätze einer verbesserten Wirtschafts- und Finanzpolitik entwickelt werden, insbesondere dass
 - der Steuerwettbewerb auf dem Gebiet der Unternehmensteuern durch eine gemeinsame Bemessungsgrundlage und die Festlegung von Mindeststeuersätzen eingedämmt wird,
 - die Währungsunion im Sinne einer Wirtschaftsregierung weiterentwickelt und die Lohnpolitik in der wirtschaftspolitischen Koordinierung berücksichtigt wird,
 - neben der Inflation der Konsumentenpreise künftig auch Vermögenspreisblasen kontrolliert werden,
 - sich für einen umfassenden Mechanismus der Zulassung und Kontrolle von Finanzmarktprodukten einzusetzen.
- das europäische Statistikamt EUROSTAT ein Durchgriffs- und Weisungsrecht gegenüber den nationalen Statistikämtern bekommt und der europäische Rechnungshof durch erweiterte Prüfungsrechte gestärkt wird.

3. Geordnetes Verfahren für Schuldenkrisen in der Währungsunion

- sich für ein geordnetes Verfahren im Umgang mit Schuldenkrisen innerhalb der Währungsunion einzusetzen. Die Europäische Union muss Maßnahmen einleiten, um zukünftig operationell in die Lage zu sein, im Sinne eines Europäischen Währungsfonds Krisen selbständig zu lösen. Darüber hinaus muss die Möglichkeit einer Umschuldungskonferenz geschaffen werden,
- sich für die Schaffung einer unabhängigen, europäischen, öffentlich-rechtliche Rating-Agentur einzusetzen, die ihre Ratings vollständig transparent macht. und über die Finanzdienstleistungsaufsicht mögliche Marktmanipulationen von Ratingagenturen zu überprüfen,
- die Regulierung von Rating-Agenturen weiter zu verbessern, indem wirtschaftliche Verflechtungen von Rating-Agenturen und Finanzmarktakteuren verringert und mögliche Marktmanipulationen durch die Finanzaufsicht strenger kontrolliert werden.

4. Spekulation bekämpfen und Finanzmarkt ordnen

- sich im Europäischen Rat für die Einführung einer europäischen Finanzumsatzsteuer einzusetzen, um zukünftig Spekulationen einzudämmen,
- den Kauf von Kreditausfallversicherungen (CDS), sofern sie nicht zur Absicherung eigener Risiken dienen, umgehend zu verbieten,
- ungedeckte Leerverkäufe von Finanzmarktinstrumenten zu verbieten,
- sich dafür einzusetzen, dass der Handel, der bisher direkt zwischen Finanzinstituten stattfindet (Over-The-Counter) auf regulierte Börsenplätze überführt wird.

Berlin, den 6. Mai 2010

Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion

Begründung

Es gibt also drei Gründe, warum wir Griechenland helfen müssen. Erstens, das europäische Projekt darf nicht gefährdet, sondern die Integration muss vielmehr vertieft werden. Zweitens, es ist eine Frage der innereuropäischen Solidarität. Die Griechen dem Kalkül internationaler Finanzspekulanten zu überlassen, widerspricht dieser Solidarität. Drittens ist es eine Frage der ökonomischen Vernunft. Europa und vor allem Deutschland profitieren von der Gemeinschaftswährung Euro.

Jetzt brauchen wir einen stabilen und nachhaltigen Weg, um Griechenland aus der Schuldenkrise zu retten und eine solche Entwicklung in Zukunft zu verhindern. Zu allererst muss das Land aus den Fesseln der Spekulanten befreit werden, um Luft zu schaffen für die Umsetzung des notwendigen Konsolidierungsprogramms.

Der griechische Staat hat mit Klientelpolitik, Korruption, Statistik(selbst)betrug, Duldung von Steuerhinterziehung, Missbrauch von EU-Fonds für schlechte Investitionen bei Massentourismus und nicht nachhaltiger Landwirtschaftspolitik, durch besonders hohe Militärausgaben und einen aufgeblähten öffentlichen Sektor seine Staatsfinanzen ziemlich ruiniert. Der griechischen Politik ist vor allem vorzuwerfen, dass sie die niedrigen Zinsen nach Eintritt in den Euro nicht genutzt hat, um die struk-

turellen Wirtschaftsprobleme des Landes anzugehen. Es war durchaus richtig, dass die EU-Mitgliedstaaten von Griechenlands neuer Regierung forderten, sich diesen geerbten Problemen durch eine politische Kehrtwende zu stellen. Die griechische Regierung hat inzwischen umfangreiche Sparpläne vorgelegt, die 13% des Bruttoinlandsprodukts umfassen. Die EU hat sich, nachdem sie in der Vergangenheit zu oft beiseite sah, wenn es darauf angekommen wäre zu kritisieren, nun zu einem engen Überwachungsregime entschlossen.

Die europäischen Steuerzahler gehen mit den Finanzhilfen für Griechenland ins Risiko, um einen ungeordneten Staatsbankrott zu vermeiden. Das bewahrt die Gläubigerbanken vor einem drohenden Totalausfall ihrer Forderungen. Es ist nicht akzeptabel, dass wieder die Gemeinschaft die Verluste übernimmt und die Banken die Gewinne einstreichen. Die Banken haben trotz der absehbaren Risiken die griechischen Staatspapiere gekauft und damit hohe Renditen erzielt. Deswegen müssen die EU-Hilfen genauso wie die IWF-Kredite vorrangig vor den Forderungen der privaten Gläubiger bedient werden. Die Banken müssen darüber hinaus auch an den eventuell entstehen Kosten der Rettungsaktion in angemessener Weise beteiligt werden.

Wir fordern eine Finanzumsatzsteuer. Diese verteuert Finanztransaktionen und bremst damit Spekulation, sie ist viel zielgenauer und bringt mehr ein als die geplante Bankenabgabe der Bundesregierung.

Die aktuelle Krise macht deutlich, dass eine Währungsunion ohne eine Wirtschaftsregierung im Sinne einer funktionierenden wirtschaftspolitischen Koordinierung und Steuerung nicht funktionieren kann. Dies ist ein entscheidender Mangel der bisherigen Euro-Zone und der Europäischen Union. Rat und Kommission müssen die neuen Möglichkeiten aus dem Vertrag von Lissabon nutzen und deutliche Empfehlungen und Zielsetzungen an die Mitgliedsstaaten formulieren. Wer was wie gut mitmacht, darf künftig nicht mehr durch Freiwilligkeit entschieden werden. Die Mitgliedsstaaten müssen sich verbindlichen Zielen verpflichten und deren Einhaltung muss kontrolliert und durchgesetzt werden. Das bedeutet auch, dass die EU mehr Kompetenzen von den Mitgliedsstaaten bekommen muss. Allein das Schlagwort von mehr Koordinierung reicht nicht aus. In wichtigen Fragen der Steuer- und Wirtschaftspolitik brauchen wir eine stärkere Harmonisierung von Standards in der EU.

Das Fehlen eines geordneten Verfahrens für den Umgang mit Schuldenkrisen hat spekulative Attacken gegen griechische Staatsanleihen und die Gemeinschaftswährung erst möglich gemacht. Schon jetzt wird gegen die Staatsanleihen weiterer Länder spekuliert. Nur ein geordnetes Verfahren kann die europäischen Staaten und die Eurozone insgesamt vor der Spekulation auf den internationalen Finanzmärkten schützen und hoch verschuldeten Staaten einen Ausweg aus der Schuldenfalle ermöglichen. Dazu muss die Europäische Union Maßnahmen einleiten, um zukünftig operationell in die Lage zu sein, im Sinne eines Europäischen Währungsfonds Krisen selbständig zu lösen.

Dringend notwendige Umschuldungen eines Landes dürfen nicht aus Angst vor Spekulationen gegen dieses und andere Länder, oder aus Angst vor Verwerfungen in den Finanzsystemen, auf die lange Bank geschoben werden. Durch eine Verzögerung von Umschuldungen steigen letztlich die Kosten für die betroffenen Länder und die Währungsunion insgesamt. Den Ländern muss vielmehr die Möglichkeit eingeräumt werden, eine

europäische Umschuldungskonferenz zu beantragen, damit es eine realistische wirtschaftliche Entwicklungsperspektive für solche Länder gibt. Für die Zeit der Umschuldung haben die betroffenen Länder keinen oder nur sehr eingeschränkten Zugang zu den Finanzmärkten. Daher muss für diese Dauer eine sichere Refinanzierungsmöglichkeit über die Währungsunion gegebenenfalls unter Einbeziehung des internationalen Währungsfonds bestehen.

Der Handel mit Kreditausfallversicherungen (Credit Default Swaps) auf Staatsanleihen wird dazu genutzt um gegen ganze Volkswirtschaften zu spekulieren. Dieser Zustand ist nicht akzeptabel und nicht länger hinnehmbar. Daher müssen Credit Default Swaps (CDS), sofern sie nicht zur Absicherung eigener Risiken dienen, umgehend verboten werden. Eine Registrierung reicht hier nicht aus.

Europa muss außerdem die Dominanz der internationalen Ratingagenturen brechen. Dazu braucht es eine eigene öffentlich-rechtliche Ratingagentur. Diese soll ihre Ratings transparent machen, so dass die Kapitalmärkte Vertrauen fassen können. Die EZB soll in Zukunft selbst beurteilen, welche Staatsanleihen sie als Sicherheiten akzeptiert. Damit sind die Euro-Länder nur noch vom Rating solcher Institution abhängig, die der Euro-Stabilität verpflichtet sind. Nötig ist eine Aufklärung darüber, ob es Marktmanipulationen von Ratingagenturen gab.

Der griechische Datenbetrug zeigt, dass das europäische Statistikamt EUROSTAT ein Durchgriffs- und Weisungsrecht gegenüber den nationalen Statistikämtern erhalten muss. Ebenso ist eine stärkere Haushaltsüberwachung seitens der EU notwendig. Dies bedeutet, dass die EU-Kommission stärkere Kompetenzen im Rahmen der Berichte des Stabilitätspakts erhalten muss, aber auch dass der Rat der Finanzminister stärker in die Pflicht genommen wird. In diesem Zusammenhang ist der europäische Rechnungshof zu stärken.

Mit der Begrenzung der staatlichen Verschuldung als einzigem harten Kriterium hat sich der Stabilitäts- und Wachstumspakt (Maastricht-Kriterien) in der Krise als nicht ausreichend erwiesen. Deswegen müssen die Ziele der Stabilitäts- und Wachstumspolitik um ein weiteres Ziel des außenwirtschaftlichen Gleichgewichtes ergänzt werden, das bereits im deutschen Stabilitäts- und Wachstumsgesetz angelegt ist. Der Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union schreibt in Artikel 119 folgende Grundsätze vor: stabile Preise, gesunde öffentliche Finanzen und monetäre Rahmenbedingungen sowie eine dauerhaft finanzierbare Zahlungsbilanz. Die jetzige Krise zeigt, dass es ein Mangel des Stabilitäts- und Wachstumspakts ist, nicht auch die Einhaltung dieser Ziele zu sichern. Diese Mängel sollte eine Reform des Pakts beheben.

Europa braucht auch eigene Steuerkompetenzen. Die von uns vorgeschlagene europäische Finanzumsatzsteuer ist eines der Mittel gegen spekulative Exzesse und dient zugleich dem Ziel, die Einnahmen der EU stärker zu europäisieren. Eine Finanzumsatzsteuer, eine europäische Kerosinbesteuerung, eine europäische CO₂-Steuer oder andere Kraftstoffsteuern können die EU gegenüber dem Geschacher der Mitgliedstaaten vor Beschluss jeder neuen finanziellen Vorausschau unabhängiger machen. Zudem harmonisieren sie das wirtschaftliche Umfeld in den verschiedenen EU-Staaten und vermeiden so einen Wettbewerb um niedrige Steuern und Abgaben („race to the bottom“).